

Artikel 27

Werter Herr Staatsanwalt!

Es wird nicht zu Ihren alltäglichen Erfahrungen gehören, als Reaktion auf eine dienstliche Entscheidung einen persönlichen Antwortbrief zu erhalten. Ich gebe ihm die Form eines offenen Briefes, da ich es für nötig halte, all diejenigen über Ihre Entscheidung zu informieren, die empört und betroffen sind über einen Vorgang, den Sie bereits kennen, den ich aber um der allgemeinen Verständlichkeit willen noch einmal kurz darstellen möchte:

Im Oktober 1986 unterschrieb ich gemeinsam mit 117 weiteren Europäern aus Ungarn, Polen, der CSSR und der DDR eine kurze Würdigung des 30. Jahrestages der ungarischen Revolution von 1956, in der die Unterzeichner betonen, in ihren Ländern

"für politische Demokratie und für einen auf den Prinzipien der Selbstbestimmung gegründeten Pluralismus einzutreten sowie für eine friedliche Überwindung der Teilung Europas und für eine demokratische Integration auf diesem Kontinent, die die Rechte aller Minderheiten einschließt!"

Ein Herr Müller veröffentlichte daraufhin in der Zeitschrift "Weißensser Blätter", Heft 6/86, zwei aufeinanderfolgende Artikel (wegen der Kürzel, mit denen sie gezeichnet sind, nehme ich an, daß er auch der Autor beider Artikel ist), in denen er die Unterzeichner der genannten Erklärung mit Faschisten vergleicht und in ihren Intentionen "einen geistigen Nährboden für politischen Terrorismus" sieht.

Ich erstatte wegen Verleumdung nach §138 StGB Anzeige gegen Herrn Müller beim Generalstaatsanwalt von Berlin, der die Anzeige am 22.1.87 erhielt und sie zuständigkeitshalber an Sie weiterleitete. Sie haben mir am 6.2.87 Ihre Entscheidung begründet, gegen Herrn Müller kein Ermittlungsverfahren einzuleiten. In Ihrem Schreiben heißt es:

"Die durch die Verfasser geführte Auseinandersetzung entspricht den im Artikel 27 der Verfassung der DDR garantierten staatsbürgerlichen Rechten und stellt keine Verbreitung von Unwahrheiten oder nicht beweisbaren Behauptungen als rechtliche Voraussetzung für die Erfüllung des Tatbestandes des §138 StGB dar."

Sie haben, davon gehe ich aus, die Anzeige gewissenhaft geprüft, Sie haben sich in dieser kurzen Zeit vielleicht Kenntnis verschafft über den Verlauf und Charakter der ungarischen Revolution von 1956. Sie haben sich eventuell durch einen Kenner der historischen Ereignisse beraten lassen, wobei ich erstaunt wäre zu erfahren, daß es in der DDR einen anerkannten Historiker gibt, der Herrn Müllers These vom faschistischen Aufstand bestätigt. Sie kennen möglicherweise auch die vielzitierte Rundfunkrede von János Kádár vom 1. November 1956, in der er sich an die "ungarischen Arbeiter, Bauern und Intellektuellen" u.a. mit folgenden Worten wendete:

"Der ruhmreiche Aufstand des Volkes schaffte dem Volk und dem Land, die Rakosi-Herrschaft vom Halse, errang jene Freiheit des Volkes und jene Unabhängigkeit des Landes, ohne die es keinen Sozialismus gibt und auch nicht geben kann."

Wir können getrost sagen: Die ideologischen und organisatorischen Führer und Vorbereiter dieses Aufstandes entstammen euren Reihen."

Nun haben es die Unterzeichner der Erklärung vom Oktober 1986 sicher nicht nötig, J.Kádár als Kronzeugen aufzurufen. Ich denke jedoch, das Zitat könnte interessant für Sie sein, falls Sie sich um die Ereignisse des Oktobers 1956 bemühen. Ebenso die Tatsache, daß zum damaligen Zeitpunkt die Hauptforderungen der Revolutionäre (Selbstverwaltung auf der Grundlage sozialistischen Eigentums, Pluralismus, Neutralität Ungarns) von der Führung der gerade gegründeten USAP unterstützt wurden.

Es wird wohl von niemandem bestritten, daß es im Verlauf der Ereignisse zu Ausschreitungen von Randgruppen kam. Es ist eine Binsenweisheit, daß jede Revolution gleichzeitig auch die Möglichkeiten terroristischer Ak-

tionen in sich birgt.

Wie Sie sicher wissen, wird die Ausübung von Gewalt als Mittel zur Durchsetzung politischer Ziele von der ost- und westeuropäischen Friedens- und Emanzipationsbewegung der heutigen Zeit mehrheitlich abgelehnt. Nach dem Prinzip der Gewaltfreiheit handeln auch die Unterzeichner der genannten Erklärung, denen Herr Müller wegen ihrer Forderungen nach Demokratie und Selbstbestimmung und ihres Hinweises auf das bleibende Erbe der ungarischen Revolution unterstellt, sie würden sich "unverhohlen zum Erbe faschistischer Kräfte" bekennen.

Unter den ungarischen literarischen und historischen Arbeiten der letzten Jahre ist mir keine bekannt, in der die grundsätzliche Berechtigung des Aufstandes vom 23.10.1956 verneint wird. Herr Müller sieht das anders. Mir scheint, für ihn ist Rakosi der Repräsentant der Revolution, die ungarischen Arbeiter des 23. Oktober dagegen sind die Akteure einer von Faschisten organisierten Konterrevolution.

Oder handelt es sich vielleicht nur um eine ungenaue und deshalb mißzuverstehende Interpretation des geplagten Vielschreibers? (Immerhin mußte er vier Artikel dieses einen Heftes der "Weißenser Blätter" schreiben, das Heft redigieren, das Spendenkonto verwalten, und wie ich hörte, ist er nebenbei auch noch als Hochschullehrer tätig.)

Nein, eine Nachlässigkeit ist es wohl nicht, gibt es doch in seinen Texten auch eine Reihe anderer Sätze, die zeigen, daß sich Müllers politisches Denken etwa bis zum Jahre 1955 so fest etabliert haben muß, daß es bis heute allen intellektuellen Anfechtungen standgehalten hat. Vielleicht ist auch Ihnen der folgende Satz aufgefallen:

"Die selbstkritische Bewegung, die vom XXVII. Parteitag der KPdSU ausging, löste einige Irritationen aus. Sie verleitete auch mit der volkdemokratischen Entwicklung positiv verbundene Menschen dazu, nicht mit dem Blick nach vorn revolutionär in Bewegung zu bleiben, sondern den Blick rückwärts zu wenden und sich einem Prozeß selbstquälerischer Selbsterfleischung zu überlassen."

Herr Müller bezeichnet sich als Christen. Wer weiß, vielleicht gibt es Leute, die sich ihren Gott mit Schnauzbart und pfeiferauchend vorstellen. Was so schlimm nicht wäre. Schlimm aber und zutiefst beschämend ist es, daß Herr Müller Menschen in die Nähe von Faschisten und Terroristen rückt, die persönlich unter Faschismus und Terrorismus gelitten haben. Unter den polnischen, tschechischen und ungarischen Unterzeichnern unserer gemeinsamen Erklärung vom Oktober 1986 gibt es eine ganze Reihe davon. Stellvertretend für sie nenne ich Marek Edelman, den letzten überlebenden Führer des Aufstandes im Warschauer Ghetto.

Die Beurteilung, ob solche Äußerungen dem christlichen Ethos angemessen sind, möchte ich den Theologen und der Kirchenleitung überlassen. Ich meine aber, daß die Deutschen in der BRD und in der DDR auch eine besondere Verantwortung für ihren Umgang mit der Sprache tragen, und das gilt nicht nur für Herrn Kohl. Vorerst genug von Herrn Müller, seinen neuen Feindbildern und seiner Spielart von Vergangenheitsbewältigung.

Lesen Sie die nächsten Sätze, die nun ganz gewiß nicht von ihm sind:

"Es geht faktisch um eine radikale Wende und Maßnahmen von revolutionärem Charakter. Wenn wir von der Umgestaltung sprechen und den damit verbundenen Prozessen der tiefgreifenden Demokratisierung der Gesellschaft, dann meinen wir eine wirklich revolutionäre und umfassende Umbildung der Gesellschaft... Die Umgestaltung bedeutet, sich auf die Kreativität der Massen zu stützen, die allseitige Ausweitung der Demokratie und der sozialistischen Selbstverwaltung, die Ermutigung von Initiative und selbstorganisierten Aktivitäten... Achtung vor dem Wert und der Würde des Einzelnen."

Nein, diese Sätze sind auch nicht von einem der bekannten Dissidenten gesagt worden.

Sie kennen sie wohl bereits, diese Sätze? Gehören Sie vielleicht zu jenen Menschen, die jetzt ihre Russischkenntnisse wieder auffrischen, um die "Prawda" im Original lesen zu können? Oder gehören Sie gar zu jenen Glücklichen, die die ca. 45 DIN A4-Seiten mit der vollständigen deutschen Übersetzung der Rede Michail Gorbatschows vom 27.1.87 erhalten haben?

Ich habe sie jedenfalls gelesen, die 45 Seiten, und ich kann Ihnen versichern, daß ich nicht lange suchen mußte, um ein solches Zitat zu finden, es gibt darin noch viele Sätze mit ähnlichen Aussagen.

Ob Sie sie so gut finden wie ich, Gorbatschows radikale Wende, weiß ich nicht. Sicher wird es aber auch für Sie komplizierter werden, Freund und Feind zu unterscheiden, wenn man Begriffe wie Demokratie, Selbstverwaltung Menschenwürde nicht mehr ohne weiteres einem dieser "berüchtigten" und "subversiven" "Anarcho-Chaoten" (lauter Lieblingswörter des Christen Müller) zuordnen kann.

Wenn Herr Müller nun, wie Sie ihm attestieren, keine Unwahrheiten verbreitet hat, hat er dann also die Wahrheit verbreitet?

In diesem Falle müßten Sie bzw. Ihre zuständige Behörde wohl ein Ermittlungsverfahren gegen mich einleiten. Sie wären geradezu verpflichtet dazu, wenn Sie von dem Vorhaben einer "anarcho-chaotischen Verschwörung in Osteuropa" erfahren.

Oder gibt es in dieser Sache für Sie zwei Wahrheiten, Herrn Müllers Wahrheit und die der Unterzeichner der Erklärung? Oder sogar noch eine dritte, vierte, fünfte Wahrheit?

Sie würden dann für eine Art Meinungspluralismus eintreten und (mindestens Herrn Müller betreffend, den ich nun garantiert zum letzten Male erwähne) für eine großzügige Auslegung des Artikels 27 der Verfassung, der, wie vielleicht nicht jeder Bürger weiß, den Bürgern das Recht der freien und öffentlichen Meinungsäußerung garantiert. Man sollte dabei aber auch nicht den Artikel 4 der Verfassung übersehen, der etwas über die Wahrung der Würde des Menschen aussagt.

Wie auch immer, es hat mich überrascht, daß Sie das entstandene Problem mit dem Artikel 27 lösen. Hatte ich diesen Artikel doch fast vergessen. Hatte ich doch seit vielen Jahren von der juristischen Anwendung dieses Artikels nur noch selten gehört, viel öfter aber vom §220 und anderen §§ des StGB. Das ist auch ein Grund, weshalb ich an Sie schreibe. Ich muß gestehen, im ersten Moment kam es mir zynisch vor, was ich da las in Ihrem Schreiben. Dann aber dachte ich, daß man es auch aus einem anderen Blickwinkel sehen könnte. Daß Sie mich durch Ihre Interpretation des Artikels 27 ermutigen, selbst von meinem Recht freier und öffentlicher Meinungsäußerung stärker Gebrauch zu machen als bisher. Daß es in Zukunft vielleicht seltener geschehen wird, daß wir, wie der Generalsekretär der KPdSU an anderer Stelle seiner Rede feststellte, nicht nur "Fällen der Nichtannahme von Kritik begegnen, sondern auch Tatsachen der Verfolgung und der direkten Unterdrückung von Kritik". Daß Sie und Ihre Kollegen vielleicht sogar darangehen, den §220 und andere §§ des StGB neu zu überdenken.

Sie sehen, wie viele Fragen sich aus Ihrem Antwortsatz für mich ergeben. Es würde mich freuen, wenn mein Brief Sie ein wenig zum Nachdenken anregt. Ich werde ihn in einem Informationsblatt eigenständiger Friedensbewegung Menschenrechtsgruppen in der DDR veröffentlichen, gerade weil diesen die Garantie der Meinungsfreiheit ein besonderes Anliegen ist.

Ich wünsche Ihnen für Ihre zukünftige Arbeit, daß Sie Entscheidungen treffen werden, die der Wahrung der Menschenwürde dienen.

Hochachtungsvoll Gerd Poppe